

REDE DES LANDESVORSITZENDEN
DER FDP BADEN-WÜRTTEMBERG

MICHAEL THEURER MDB

119. Ord. Landesparteitag in Heilbronn

13. Juli 2019

--- es gilt das gesprochene Wort ---

Als Sie mich vor zwei Jahren zum Landesvorsitzenden wiedergewählt haben, da verspürten wir gerade im Bundestrend den Aufwind aus den erfolgreichen Landtagswahlen in NRW und Schleswig-Holstein. In den Umfragen ging es von 5-6% auf 7-9%. Ein riesiger Erfolg. Rückenwind für den Wahlkampf. Im Land standen wir bei 7%. Der Blick ging zur Bundestagswahl: Würden wir uns behaupten können und den Wiedereinzug schaffen?

Anders als es im Rückblick vielleicht scheint, war der Wiedereinzug keine Zwangsläufigkeit und kein Automatismus. Es war ein unvergleichlicher Kraftakt. Eine Leistung, die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch keiner Partei gelungen war – der Wiedereinzug nach dem vollständigen Ausscheiden aus dem Bundestag. Wir mussten kämpfen und wir haben gekämpft!

Wir haben als Baden-Württemberger 2016 mit fulminanten 8,3% die Länderwende eingeleitet und 2017 mit unserem Team Baden-Württemberg dabei auch im innerparteilichen Vergleich behauptet- 12,7%, zweitbestes Ergebnis unter den Landesverbänden.

In diesem Jahr dann die Kommunal- und Europawahlen.

Die Kommunalwahlen waren ein fantastischer Erfolg! Wir inzwischen 535 kommunale Mandatsträger! Die Helden der Demokratie, die sich oft ehrenamtlich engagieren und unermüdlich am Infostand stehen, haben uns diese siegreiche Kommunalwahl ermöglicht!

Um diesen Erfolg einmal ins Verhältnis zu setzen: Wir haben die Zahl der Mandatsträger fast verdoppelt. Und Andreas Knapp wies gestern im Landesvorstand darauf hin, dass wir uns im Vergleich zu den späten 90ern verdreifacht haben!

Ich möchte jedem einzelnen von Ihnen für den Einsatz danken. Jedem, der sich mit seinem guten Namen zur Verfügung gestellt hat, jedem der Wahlkampf gemacht hat. Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten! Ergebnisse wie diese machen Mut und sorgen dafür, dass wir im Stammland des Liberalismus weiterhin fest in den Gemeinden verwurzelt sind! Das ist eine hervorragende Ausgangsbasis auch für zukünftige Wahlen! Es geht aufwärts mit der FDP Baden-Württemberg! Wir haben 1000 Mitglieder gewonnen – mit dieser Basis sage ich selbstbewusst: Warum nicht noch 1000?

Was die Europawahl angeht...

Ohne Umschweife stelle ich fest: Das Ergebnis der Europawahl hat die Erwartungen nicht erfüllt. Bundesweit 5,4% bedeuten einen Zugewinn, sind aber kein Ruhekitzchen. Ja, sie sind ein Warnschuss. Jedem muss klar sein: auch dafür gibt es keine Garantie. Der Wettbewerb schläft nicht. Jeder Erfolg will erkämpft, erarbeitet werden. Der Wettbewerb schläft nicht.

Wir Baden-Württemberger haben dabei unseren Beitrag geleistet, mit dem Spitzenduo Andi Glück und Nicole Büttner-Thiel, mit unseren flächendeckenden Europakandidaten. Wir waren mit 6,8% der stärkste der Landesverbände und von den 30 stärksten Kreisen liegen 16 in Baden-Württemberg.

Wir waren Vorbild mit unserem Spitzenkandidatenprozess: transparent und niederschwellig haben wir innerparteiliche Demokratie vorgelebt.

Dieses gute Ergebnis ist uns aber nicht gut genug. Die Kampagne war zwar solide, aber richtig gezündet hat sie nicht gerade.

Sie hatte eben nicht den Esprit, den Witz, den Optimismus und die Lebensfreude mit der wir Freien Demokraten 2016 und 2017 erfolgreich waren und einen Marketing Award nach dem anderen errangen.

Wir haben das intensiv im Landes- und Bundesvorstand analysiert und auch deutliche Worte gefunden. Und ich sage zu: Für die Landtagswahl 2021 werden wir Baden-Württemberger wollen wir an die Kampagne von 2016 und 2017 anknüpfen. Wir werden uns eng am Leitbild orientieren und wir werden gemeinsam eine mutige, optimistische Doppelstrategie für 2021 entwickeln!

Denn der Blick geht nach vorne: 2021 wird ein Superwahljahr und ein super Wahljahr für die FDP! In Rheinland-Pfalz werden wir die Regierungsbeteiligung behaupten, in Sachsen-Anhalt werden wir in den Landtag einziehen. In Baden-Württemberg werden wir so stark werden, dass wir Verantwortung übernehmen und gestalten können. Wir wollen gestalten und wir werden gestalten!

Im Klartext: Unser Ziel ist es, bei der Landtagswahl im Frühjahr 2021 so stark zu werden, dass wir unsere Themen und Überzeugungen zum Gegenstand von Regierungshandeln machen können! Mit diesem Rückenwind werden wir den Startschuss für den Bundestagswahlkampf liefern, bei dem wir so stark werden, dass es auch hier endlich zu den dringend benötigten Trendwenden kommt!

Bis es so weit ist, haben wir noch ein ambitioniertes Programm vor uns. Als Landesvorstand haben wir auf meine Initiative hin bereits vor einem Jahr die Doppelstrategie 2021 beschlossen. Wir wollen die Menschen für die notwendigen Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen. Sind wir ehrlich zu uns selbst: Viele Menschen haben es sich recht bequem in der Gegenwart eingerichtet. Doch wir erleben eine Wohlstandsillusion. Viele glauben, das geht alles einfach immer so weiter. Der Wettbewerb schläft nicht. Die Veränderungen durch die Megatrends der Globalisierung, des demographischen Wandels, des Klimawandels und der Digitalisierung werden auch Baden-Württemberg und Deutschland erfassen.

Als Partei der Eigenverantwortung sagen wir aber auch: Veränderung beginnt bei uns selbst. Die Parteiverwaltung muss vereinfacht werden, die Mitgliederbeteiligung gestärkt und die Organisationsentwicklung der ehrenamtlichen Gliederungen vorangetrieben werden. Wir brauchen mehr Vernetzung, mehr Schulung in der Fläche und ansprechendere Angebote für Neumitglieder. Rechtzeitige Bereitstellung von Wahlkampfmaterialien wird auch ein Thema sein.

Veränderung ist nie bequem. Doch die Anforderung an Veränderungs- und Fortschrittsbereitschaft, die wir an die Staat, Gesellschaft und Wirtschaft stellen, müssen wir auch selbst erfüllen.

In den letzten Jahren habe ich festgestellt: Immer dann, wenn wir uns als Partei auf einen Wahlkampf gefreut haben, dort enthusiastisch für unsere Ideen geworben haben, wenn wir eine Vision formuliert haben für ein Land, dann waren wir auch erfolgreich. Es war auch die intensive innerparteiliche Debatte 2015, das Leitbild „mehr Chancen durch mehr Freiheit“, die uns die Motivation für 2016 und 2017 gegeben hat. Ich will, dass wir uns alle auf 2021 freuen können. Dass wir so brennen, dass wir es kaum erwarten können, jedem von unseren tollen Ideen zu erzählen.

Ich will, dass wir bei der Erstellung des Landtagswahlprogramms so viel Mitgliederbeteiligung haben wie noch nie, dass wir intensiv darüber diskutieren, was unsere Vision für Baden-Württemberg 2030, 2040, 2050 ist. Ich freue mich auf die Zukunft.

Wie stellen wir uns 2050 vor?

Wenn wir jetzt die richtigen Trendwenden einleiten, werden wir 2050 das Land sein, das die Digitalisierung mit der industriellen Wertschöpfung verknüpft hat.

Wir werden das Land sein, das die Grundwerte der pluralistischen liberalen Demokratie westlicher Prägung in die digitale Welt übertragen hat und dort umsetzt – Privatsphäre, Rechtsstaat, Meinungsfreiheit.

Durch die weltbeste Bildung leben wir in einer Gesellschaft glücklicher, interessierter, neugieriger und produktiver Menschen.

Als Entwicklungszentrum der Welt leisten wir einen wesentlichen Beitrag zum Fortschritt der Menschheit durch Produkte, Maschinen und neue Technologien.

Wir werden das Land sein, in dem das Klimaproblem durch die konsequente Anwendung von Digitalisierung und technologischem Fortschritt gelöst wurde.

Wenn ich schon beim Klimaschutz bin: Wir sind diejenigen, die nicht nur irgend ein Ziel gesinnungsethisch an die Wand schreiben – „Klimaschutz ist wichtig“ – sondern die verantwortungsethisch auch aufzeigen, wie wir dieses Ziel praktisch erreichen können. Beispielsweise beseitigen wir die Hindernisse der Sektorkoppelung und weisen auf die inneren Widersprüche der aktuellen Gesetzgebung hin.

Es ist doch völlig absurd, dass jemand, der eine Solaranlage auf dem Dach hat und seinem Kunden die Möglichkeit geben will, dass der sein Auto lädt, EEG-Umlage und Mehrwertsteuer bezahlen muss, aber keine Einspeisevergütung bekommt weil es nicht in das allgemeine Stromnetz geht!

Genau das gleiche gilt für denjenigen, der regenerativen Überschussstrom aus einem Offshore-Windpark hat, seinen Strom mangels Leitungen nicht nach Süddeutschland bekommt und damit Wasserstoff herstellen will, um ein Speichermedium zu haben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist längst zu einem Erneuerbare-Energien-Verhinderungsgesetz geworden. Und das wollen wir abschaffen! Das sind Absurditäten die beseitigt werden müssen!

Da gibt es einen klaren Adressaten. Wer versagt da? Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien!

Es ist doch lachhaft, wenn sich Frau Merkel mit Fridays for Future solidarisiert, wo die doch gerade das Versagen der Bundesregierung kritisieren! Wir haben in Deutschland den teuersten und den wirkungslosesten Klimaschutz der Welt! Beides werden wir ändern!

Weil viele nicht wissen, dass ökologische Marktwirtschaft immer unser Programm war, haben jetzt viele den Eindruck, wir hätten plötzlich die Klimapolitik entdeckt. Dabei haben wir da seit vielen Jahren schon ein hervorragendes Angebot, den Emissionshandel.

Wir brauchen keine CO₂-Steuer, welche die Klimaziele nicht erreicht, aber Steuerbelastungen generiert die dann ohne Zweckbindung in den Haushalt fließen. Eine Lenkungssteuer, die in ihrer Höhe politisch willkürlich ist, die aber sofort in das Visier und die klebrigen Finger der Umverteilungspolitiker gerät.

Dass der Emissionshandel der beste Weg ist, haben erst gestern wieder die Wirtschaftsweisen in einem Sondergutachten bestätigt! Ich rufe SPD, Grüne und Union, jeden Bürger und jede Bürgerin die sich für Klimaschutz interessiert und insbesondere Fridays for Future dazu auf: Folgt uns zum Emissionshandel, lasst die besten Ingenieure und Naturwissenschaftler den Weg zum Klimaschutz finden, setzt ein wirksames Limit für Treibhausgase und lasst den Rest den Markt regeln!

A propos Wirtschaftsweise.

Ich bin in großer Sorge was die Wirtschaft angeht.

Nachdem die Bundesregierung jahrelang täglich die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft getestet haben, ist sie nun überschritten. Wir haben eine Tendenz zur Rezession. Die Wachstumserwartungen sind die zweitschwächsten in Europa – knapp vor Italien.

Wenn der Daimler innerhalb eines Jahres die vierte Gewinnwarnung veröffentlicht, dann müssen doch wirklich beim letzten in Baden-Württemberg die Alarmglocken läuten. Wie sind unsere Schlüsselindustrien aufgestellt? Haben wir die richtigen Rahmenbedingungen?

Nein, wir sind nicht auf Wohlstand abonniert! Wir brauchen eine Gewinnwarnung für Deutschland und müssen endlich die notwendigen Reformen angehen!

Wir sagen es im Bundestag gebetsmühlenartig.

Wir haben Steuerentlastung und Bürokratieentlastung vorgeschlagen, eine Reform der Unternehmenssteuer und eine Dynamisierung der Arbeitslosenversicherung, wir haben die Gründerrepublik ausgerufen, um Existenzgründern das Leben einfacher zu machen. Wir müssen die Macher endlich machen lassen!

Vor allem müssen die Regierungen in Land und Bund auch endlich damit aufhören, unsere Schlüsselindustrie, die Autoindustrie, planmäßig kaputtzumachen!

Die Medien hat das bisher mäßig interessiert. Doch in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten werden die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass die Einschlüge immer näher kommen.

Ich höre aus der metallverarbeitenden Industrie nichts Gutes. Zweistellige Minuszahlen bei den Auftragseingängen. Der VDMA rechnet mit einem einschneidenden Einbruch. In der Automobilindustrie werden massiv Krisenprogramme geschnürt.

Wer heute noch glaubt, wir seien völlig abgesichert, der hat den Schuss nicht gehört. Es geht hier um Lebenschancen der arbeitenden Mitte, um Millionen Einzelschicksale!

Und am Rande: Anton Hofreiter hat mir wieder und wieder erklärt, wir müssten unbedingt auf das Batterieauto setzen, die Chinesen würden das auch so machen und deshalb würde sich das garantiert durchsetzen.

Technologieoffenheit sei falsch, das sei zu teuer. Ich sage: Es ist zu teuer, nicht auf Technologieoffenheit zu setzen!

Denn die Chinesen haben längst eingesehen, dass das Batterieauto mit den massiven Umweltschäden bei der Herstellung und Entsorgung auch nicht nachhaltig ist. Obwohl die Chinesen viele der Rohstoffe für die Batterien selbst herstellen, setzt die chinesische Regierung zunehmend auf Wasserstoff. Sie baut vier große Wasserstoffkorridore und streicht die Subventionen für Batterieautos zusammen.

Konsequenz: Auf dem Automobilsalon in Shanghai waren 15 neue Hersteller von Brennstoffzellenautos.

Noch haben wir hier die Technologieführerschaft, doch die verfehlte Politik grün geführten Landesregierung und der Bundesregierung verhindert eine erfolgreiche Einführung. Absurd, sag ich da nur. Absurd!

Ich danke dem Kreisverband Heilbronn und den Mitgliedern, die am online Alex-Müller-Verfahren teilgenommen haben, dass sie dieses Thema auf die Agenda dieses Parteitags gehoben haben!

Und wo wir schon bei der Technologieoffenheit sind. Die Bundesregierung fördert ja mit Milliarden die Batterietechnologie. Eine große Förderung mit 500 Millionen Euro ging dabei in den Wahlkreis der zuständigen Bildungs- und Forschungsministerin Karliczek, statt in das von der Expertenkommission bevorzugte Ulm. Das ist so ziemlich die Definition dessen, was man im Schwäbischen ein Gschmäckle nennt. Liebe Freundinnen und Freunde: Das lassen wir uns nicht einfach gefallen und das werden wir parlamentarisch aufklären!

Frau Karliczek macht ja ohnehin eine äußerst unglückliche Figur. Das erste Jahr war sie auf Zuhörtour, um etwas über ihr Ressort zu lernen. Es scheint nicht viel geholfen zu haben. Doch sie ist da ja in guter Gesellschaft. Im Zusammenhang mit der Nominierung von Frau von der Leyen als Kommissionspräsidentin wurde ja davon gesprochen, Frau von der Leyen sei die schwächste Ministerin der Bundesregierung. Diesen Vorwurf finde ich unfair. Ja, die Performance von Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin war nicht unbedingt ein Bewerbungsschreiben, wie übrigens auch schon zuvor als Arbeitsministerin und Familienministerin. Doch man darf nicht vergessen, wer Merkels Gruselkabinett sonst noch angehört. Die offensichtlich ungeeignete Karliczek macht da ja nur den Anfang.

Da ist ein Verkehrsminister Scheuer, der wider besseren Wissens Millionen an Steuerzahlergeld für sein Mautdesaster verbrät.

Da ist ein Wirtschaftsminister Altmaier, bei dem das Aufstellen einer Büste Ludwig Erhards im Endeffekt das bisher größte praktische Bekenntnis zur Marktwirtschaft war. Ansonsten nur Ankündigungen und planwirtschaftlicher Murks.

Da ist eine Umweltministerin Schulze, von der B.Z. als „Ministerin Ahnungslos“ bezeichnet, die gemeinsam mit ihrem Staatssekretär Flasbarth unsere Vorschläge zum Emissionshandel mit erfundenen rechtlichen Hürden abbügeln wollte.

Da ist ein Innenminister Horst Seehofer, der den längst untragbaren Verfassungsschutzchef Maaßen noch befördern wollte.

Beim Thema Verfassungsschutz möchte ich noch an einen traurigen Vorfall erinnern.

Vor 6 Wochen wurde der nordhessische Regierungspräsident Walter Lübcke erschossen, geradezu hingerrichtet. Mutmaßlich von einem Neonazi.

Was mich fast noch mehr bestürzt ist die Reaktion darauf. Das dröhnende Schweigen der Union. Die widerwärtigen Reaktionen von AfD- und Pegida-Anhängern. Was muss denn noch passieren, dass Rechtsextremismus als reale Gefahr in Deutschland behandelt wird? Müssen die noch ein Flugzeug entführen? Mich macht das wütend. Das ist doch der Zeitpunkt, wo jeder Demokrat aufstehen muss und diesen Arschlöchern die Stirn bieten! Wir müssen wie bei der RAF das sympathisierende Umfeld in den Blick nehmen! Übrigens muss auch endlich der NSU-Terror vernünftig aufgeklärt werden. Und zwar von vorne bis hinten mit allen Details. Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass beispielsweise die hessischen Akten für 120 Jahre unter Verschluss kommen. Wo sind denn da die Grünen? Die sind doch in Hessen in der Regierung! Das kann doch nicht angehen, dass da aus falscher Rücksicht keine Aufklärung möglich sein soll! Das ist nicht hinnehmbar!

Zurück zu von der Leyen. Sie nach diesem Leistungsnachweis gewissermaßen wegzubefördern, kann durchaus als Geringschätzung für die EU verstanden werden. Ein alternativer Erklärungsansatz wäre, dass man im Kabinett Merkel nichts, aber auch gar nichts aus der Causa Maaßen gelernt hat.

Sollte sich die Meinung durchsetzen, dass durch den bloßen Vorschlag das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und der Schaden für das Ansehen der EU bereits unwiederbringlich entstanden ist, ist zu erwarten, dass die Parlamentarier stattdessen Reformen der EU zur Bedingung stellen werden. An der obersten Stelle der Wunschliste dürfte eine Verkleinerung der EU-Kommission auf höchstens 18 Kommissare sowie ein Initiativrecht für das Europäische Parlament stehen. Mit einer dann besser funktionierenden EU – so die Hoffnung – könnte dann perspektivisch wieder Vertrauen hergestellt werden.

Jetzt erstmal wurde das Vertrauen erschüttert, insbesondere dadurch, dass mit der Wahl von der Leyens der Spitzenkandidatenprozess beerdigt wird.

Das wäre schon äußerst unglücklich. Da einigen sich vor der Wahl alle darauf, dass es einer der Spitzenkandidaten werden soll. Den Wählern werden die Spitzenkandidaten mit viel Tamtam präsentiert, es wird sogar extra der Plenarsaal des Europäischen Parlaments zur Showbühne für die Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten umgebaut. Das alles, damit die Wähler die Europäische Union leichter verstehen können. Und dann wird es am Ende keiner der genannten.

Andererseits kann ich das scheinheilige Geheule der SPD auch nicht mehr hören. Hätten die Sozen Weber oder Vestager unterstützt, wäre es nicht so weit gekommen.

Man darf nicht vergessen: Die SPD macht in Bremen gerade jemanden zum Bürgermeister und damit Regierungschef des Bundeslands, der ebenfalls kein Spitzenkandidat war.

In Bremen hat sich übrigens auch gezeigt, wie die Grünen ticken. Das ist eine linke Partei. Wenn die die Wahl haben, 70 Jahre SPD-Filz zu beenden und eine Jamaika-Koalition zu bilden, oder alternativ mit der Linkspartei zu regieren, dann entscheiden sie sich für den Sozialismus.

Liebe Freundinnen und Freunde.

Wenn die anderen falsch regieren, dann müssen wir spätestens 2021 eine Antwort darauf geben. Die Ausgangslage ist mit Umfragewerten von 10% im Land und 7-10% im Bund günstiger als je zuvor.

Liebe Freunde, wenn die anderen falsch regieren, wenn sie das Land unter seinen Möglichkeiten regieren, wenn es einfach Zeit wird etwas zu verändern, dann muss unsere Antwort sein:

Besser besser regieren!

"Es kommt darauf an, dass dieses Land besser regiert wird. Es ist besser, besser zu regieren, als schlecht zu regieren! @EUTheurer #119|pt